

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

247 (23.10.1929) Badische Kultur und Geschichte Nr. 43

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 43

Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger Nr. 247

23. Oktober 1929

Der Titisee

Von Albert Hausenlein, München

Er hat in seiner trauten Abgeschiedenheit nicht allzuviel erlebt vom großen Weltgeschehen, der liebliche blaue Titisee, der volkstümlichster unserer Schwarzwaldseen, den grünen, blumengeschmückte Matten und tiefdunkle, wettergeraunte Tannen kosend umgeben, den muntere Fische, Karpfen, Forellen und Saiblinge pfeilschnell durchspülen, den wir auf unserm schwanen Kahn bequem in einer guten Viertelstunde der Länge nach überqueren.

Inmitten des Sees, der ein altes Gletscherbecken ausfüllt, dessen Moränenrinnen heute noch deutlich erkennbar sind, und von dessen tatsächlichem einstigem Vorhandensein eine kleine Pyramide aus Gletscherklüften am Bahnhof Titisee, sowie auch ein gewaltiger daselbst gestellter Block aus Granit und Feldsporphyr zeugen, lassen wir unsern Nachen treiben und lauschen den Worten, die uns Frau Kleio über die Vergangenheit dieses Gewässers ins Ohr flüstert.

Auf der archäologischen Übersichtskarte des badischen Oberlandes liegt unser reizender Titisee, diese Perle Alemanniens, in der Mitte einer Gegend, die keinerlei Anzeichen vor- oder frühgeschichtlicher Besiedelung aufweist. Auch keine Römerstraße — abgesehen vom „Alten Steg“, der von Zarten nach der Baar führte — leitet an seinen Gestaden vorbei. Das erste Kennzeichen vom Vorhandensein der Seegegend deutet mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auf die sog. Alemannenzeit (um 400 bis 650) hin. Vor bald neunzig Jahren stieß man nämlich beim Umackern des Feldes in der Nähe des Wutachausflusses aus dem See, beim „Seebauer“, auf zwei Steinsärge mit Dedeln und Skelettresten. Beigaben irgendwelcher Art fehlten leider. Die beiden Särge, die vielleicht die Leichen alemannischer Haptinge geboren haben mögen, stehen seit 1848 im Schloß Sülzingen.

Anfänglich waren der See und seine Umgebung wohl Eigentum der alemannischen Gau grafen, bis um 1100 Bernhart und sein Frau Bertha handt geben samt Salzwort das gut, das genant wird Seda, die Klischee do selbes und den halben Titisee und anders mer, so darzu gehört ...“ Somit sehen wir zur Zeit der ersten Nennung des Sees in der Geschichte diesen zur Hälfte im Besitz des Klosters Allerheiligen in Schaffhausen. Mit dem in der betreffenden Urkunde vorkommenden Seda ist Saig gemeint. Kaiser Heinrich V. bestätigte dann am 1. September 1111 die Besitzungen des Klosters „Schaffhausen“, darunter „das Gut Bernhards und seiner Gattin Berka in Seega (Saig) mit dem Titunse (cum lacu Titunse)“, und auch Papst Alexander III. nennt in seiner Bestätigungsurkunde vom 25. Mai 1179 unter dem Eigentum dieses Klosters ... Segge mit seiner Kirchengemeinde, den Titunse, das Gut zu Wiltinshovin und Balchin (Wittkeofen bzw. Welschhof im Amte Bonndorf).

Im 13. Jahrhundert sehen wir den Titisee zur Hälfte im Besitz der Herrschaft Lenzkirch. Graf Heinrich von Fürstenberg, in dessen Besitz die Seegegend allmählich übergeht, befreit am 12. März 1326 die Brüder und Schwwestern des Johanniterstifts zu Lenzkirch vom Zoll und Ungelt in seinem Gebiet und verleiht denselben Gemeinschaft am Titisee.

Aus dem Urbar der Grafen Wolfgang und Heinrich von Fürstenberg aus dem Jahr 1484 ist nachstehende Stelle bemerkenswert: „Item of mentag nach dem sonntag Jubilate bonnd myne gnedige herren, graf Heinrich und graf Wolfgang, gebruder, grauen zu Fürstenberg, lantgrauen in Bare etc., diß hernach geschriben zins, gult und gevell lassen in byweßen der amptlitt verzeichnen, dann es ist gewiß, gend und geb und gehört inen zu, anno domini 84 und by iren aiden gerechtvertigt und erfraget: ... item 6 gulden gend die Schaden vom halben Tutitz See und 10 h. W. vom wasser in Khamatten.“

Die alten Pergamente sprechen also immer noch vom halben Titisee. Das hat auch seine Richtigkeit; denn die andre Hälfte gehörte den Herren von Sickingen, während 1491 der halbe „Tutitzsee“ mit der Herrschaft Lenzkirch endgültig an das Haus Fürstenberg kam.

Der Titisee selbst, der schließlich 1808 durch Verkauf aus dem Besitz des Grafen Wilhelm von Sickingen an Baden gelangte, ist der größte unserer Schwarzwaldseen, umfaßt 108 Hektar und liegt 848 Meter über dem Meer. An seinem Gestade entlang, über die Seestieg und Saig, führt die Poststraße nach Lenzkirch. Seine größte Tiefe, über welche uns unser Schiffelein hinwegträgt, wird mit 40 Meter angegeben. Dieser tiefste Punkt liegt etwa in der Mitte des Sees. Rechnet man aber die westlich vom See gelegene Ebene hinzu, die kaum 1 bis 2 Meter höher als der heutige Wasserspiegel liegt und unzweifelhaft einst zum See gehört hat, so erreicht der Titisee eine Länge von 4300 Meter, und seine heutige größte Tiefe liegt dann dem Ostende beträchtlich näher als dem Westende. Durchströmt wird er von der Gutach, die zuerst den Feldsee bildet, sich dann unter den wechselnden Namen Seebach, Rotwasser und Gutach und verstärkt durch neue Quellen zwei Stunden lang durch das malerische

Värental fortwindet, endlich den Titisee erreicht, bei ihrem Austritt aus diesem Neustadt zuströmt und uns nunmehr als Wutach auf unserer weiteren Wanderung dem Rhein zu begleitet.

Auf drei Seiten ist der See von bewaldeten Hügeln umgeben, die bei günstiger Beleuchtung reizende Bilder in seinem Spiegel herporzaubern, während bei trübem Wetter sein Eindruck auf den Besucher ein durchaus einförmiger, ja sogar unheimlicher ist. In diesem Fall hat er viele Ähnlichkeit mit dem bayerischen Walchensee, dessen tiefes Blau bei gewitterdrohendem Himmel sich in ein schweres Schwarzgrün verwandelt. Kein Wunder daher, daß sich auch die Sage der schimmernden Wasserfläche des Titisees bemächtigt hat. Wo jetzt dessen dunkle Fluten das Land überpülen, da stand in alter Zeit, wie die Überlieferung berichtet, ein stattliches, vornehmes Nonnenkloster, das des Sees und der Sittenlosigkeit seiner Anassen wegen in einer stürmischen Winternacht in den aus dem Boden hervorwachsenden gurgelnden Fluten versank. Gerade in den Tagen, so wird erzählt, wenn die Wasser des Sees am ruhigsten und klarsten sind, wollen diejenigen, die in das dunkle Wasser hinablicken, tief unten auf dem Seegrund schimmernde Zinnen und Türme gesehen haben. Das umwohnende Landvolk glaubt auch an die Unergründlichkeit des Sees. Als einmal ein abenteuerndes Geisteskind mit einem Senfblei von außergewöhnlicher Länge seine Tiefe zu loten gedachte, ward die Leine plötzlich durch eine unsichtbare Gewalt ihm aus der Hand geschleudert, und eine Stimme ließ die ernste Warnung erschallen:

„Mißest du mich,
So verchling' ich dich!“

Es wird auch behauptet, daß, wer auch immer es sei, im Titisee taucht, die Klänge der versunkenen Kloster Glocken vernähme.

Zum Schluß noch ein paar kurze Worte über den Namen Titisee. Der See verbandt diesen ohne Zweifel einem gewissen Tito. Denn alle die älteren Formen wie Titunse (1111), Titinse (1226) usw. lassen deutlich diesen Personennamen erkennen. Sämtliche Vermutungen, die den Seennamen mit „Tit“, d. h. keines Kind, Buppe, Wichtelmännchen usw., in Zusammenhang zu bringen suchen, sind nicht stichhaltig, wenn auch Adolf Wacmeister in seinen „Alemannischen Wanderungen“ als Namensvettern unseres herrlichen Seentitinos den Bergstock Titlis und den Tittersee beim Grimelpass in der Schweiz bezeichnet. Auch die Ansicht Josef Waders, der Name leite sich von dem Frauennamen Titta ab, kann heute als abgetan gelten.

An den Bade- und Bootshäuschen vorüber, die die Seeufer einräumen, lenken wir unsern Kiel zum Gestade. Noch einen langen Blick werfen wir auf die in flammendem Abendrot leuchtende Seefläche, während der kühle „Söllentäler“ in den Zweigen rauscht und die Bergschatten tiefer und düsterer werden.

Mein Heimatland

16. Jahrgang, Heft 6, 1929. Blätter für Volkstunde, Heimat- und Naturschutz, Denkmalpflege, Familienforschung, i. V. des Landesvereins Badische Heimat herausgegeben von Hermann Eris Wuffe, Freiburg i. Br. — Das neue, recht stattliche Heft dieser für ganz Baden bedeutsamen heimatkundlichen Zeitschrift ist eben erschienen und bringt einen umfassenden Aufsatz über „Wiesloch“ von Heinrich Ritterer, Ballhof, mit zahlreichen Bildern. Ein altes Städtchen, reich an geschichtlichen Ereignissen, reich an vorgezeichneten, römischer und fränkischer Kultur, jahrhundertlang eng verbunden mit der Pfalz! Der heutige Amtssitz mit seinen 7000 Einwohnern wächst der Ebene zu, seine Reichen scheinen günstig zu stehen.

Die „Eingabe an die Schlussschere“ der Badischen Heimat beweist eindringlich, wie sehr Heimat- und Naturschutz bemüht sind, beim Bau des gewaltigen Staubedens mitzuwirken. Entscheidend für unsere Heimat wird die Art der Durchführung der ganzen Arbeiten sein. Erneut ist die Bedingung erhoben, daß der Schutz der ideellen Heimatwerte den Forderungen der Technik und Wirtschaft vollwertig gleichzustellen ist. Der umfangreiche Bericht über die „Landesversammlung zu Freiburg i. Br.“ gibt jedem Badenener aufschlußreichen Einblick in die Tätigkeitsgebiete, in die mannigfaltigen Aufgaben, die in opferwilliger Weise von den Helfern im ganzen Lande vollbracht werden, und scheidet ist der Überblick „20 Jahre Badische Heimat“, den der Ehrenvorsitzende, Prof. Dr. Eugen Fischer, geben durfte, der sich äußerlich auch bestens darbietet in der Mitgliederbewegung: von 1500 (1909) zu 13 400 Mitgliedern (1929). Das „Preisauschreiben — Anregungen“ wird starke Beachtung finden und neue Früchte zeitigen.

Als Fortsetzung des Beitrags „Bei den badischen Alemannen in Hodscha“ vermittelt J. Schäfer, Freiburg i. Br., packende Eindrücke über die Entwicklung der Ansiedlung und über das heutige Hodscha. Die Abbildungen, die besonders zu begrüßen sind, lassen in Haus, Hof, Küche, Wohn- und Schlafstube die Gediegenheit unserer fernem Landsleute im besten Licht erscheinen.

Über „Heimatpflege und Heimatforschung in Finnland“, das den seltenen Glauben an Deutschlands Bedeutung hegt, berichtet Bernhard Fall, Kappelroth, und weist auf die vorbildliche Pflege des Volkstums hin, aus dem neue Quellen immer wieder freigegeben werden für das Leben des Staates. Eine köstliche „Dialektprobe vom Hosenwald“ steuert Adolf Godapp, Altmühlwaid, bei. „Familienskundliche Literatur und Fragen“ beschließen die gut ausgestattete Zeitschrift, die in jedes Haus, in jede badische Familie gehört, in der noch Sinn lebt für Land- und Volk, für Stadt und Dorf, für Sitte und Brauch, für die reichen Güter jeglicher Art unserer schönen Heimat.

Aus der Geschichte Villingens

Villingen, die Schwarzwaldstadt, als englische Garnison

Die Geschichte der fast 1000jährigen, am Ostrand des Schwarzwaldes gelegenen aufstrebenden Stadt Villingen ist es wert, einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu werden. Bei der Neuanlage der Stadt im 12. Jahrhundert durch den Grafen Berthold rechte der Brigade wurden wohl schon die Befestigungswerke, wovon uns heute noch drei Tortürme und auch Teile der inneren Stadtmauer erzählen, angelegt, um im Laufe der Jahre zu einem mächtigen Bollwerk des östlichen Eingangs in den Schwarzwald ausgebaut zu werden. Dank dieses Schutzes konnte die Stadt allen kriegerischen Eroberungsgelüsten seit dem 18. Jahrhundert die Stirn bieten. Ganz besonders bewährte sich die besetzte Stadt im Dreißigjährigen Krieg und während der Belagerungen im Januar und Juni 1633, Juli 1634 (Wasserbelagerung durch die Schweden), sowie im spanischen Erbfolgekrieg mit der Belagerung im Mai 1703 durch den französischen Marschall Villars und Juli 1704 durch den französischen Marschall Tallard.

Im österreichischen Erbfolgekrieg besetzte sich das Schicksal der Stadt als Festung, da sie ohne Befehl im Jahre 1744 dem französischen Marschall Belleisle die Tore öffnete. Nach dem Friedensschluß am 22. April 1745 wieder an Österreich zurückgegeben, wird Villingen im Jahre 1795 das Hauptquartier und der Sammelplatz eines englischen Regiments, da Österreich an dem Völkerringen von 1792/1797 gegen Frankreich sich beteiligte. England wählte schon damals seine eigenen Leute zu schonen, stellte Söldnerheere auf und wählte vor allen Dingen in den borbösterreichischen Ländern, wozu auch Villingen gehörte, und in der benachbarten Schweiz, durch geschickte Werbung, unterstützt von dem Versprechen eines hohen Soldes, seine Regimenter zu vervollständigen. Einem solchen Infanterieregiment, welches den Namen Royal Stranger führte, als Regimentsinhaber den Baron Koll aus Solothurn und als Kommandeur den Obristleutnant Dürler aus Luzern betam, machte die Stadt Villingen vom März bis 28. August 1795 als Garnison dienen.

In alten Urkunden, den Ratsprotokollen vom Jahre 1795, Niederschriften aus dem Kloster der Ursulinerinnen und einer Chronik eines Funftmeisters J. S. Eisele wird über ein Schreiben der Landesregierung von Vorderösterreich betr. der Bestimmung des neu zu errichtenden Regiments Royal Stranger, Zulassung eines Marktennders für die englischen Truppen, Heurathsverbot für die Bürgertöchter mit Soldaten des Regiments, Bestrafungen wegen Vergehen gegen das Heurathsverbot, Desertierung von Söldnern unter Beihilfe der Bürger u. a. berichtet. Die in der Schweiz angeworbenen Söldner wurden zur Sammelstelle nach Balzhut gebracht und dort in Transporten von 50 Mann dem Regiment in Villingen zugeführt. Nach einem Vierteljahr Werbung war das Regiment schon 1600 Mann stark und leistete im Juli 1795 dem englischen Inspektor Walder den Fahneneid, beteiligte sich aber vorerst nicht am Kriegsdienst.

Untern 24. August 1795 wurde dem englischen Regiment vom Oberkommandierenden der kaiserlichen Armee, Graf von Bismarck, als neue Garnison Konstanz und Radolfzell angewiesen, um der kaiserlichen schweren Artillerie, die sich aus 1000 Mann, 100 schweren Kanonen und 150 Pferden zusammengesetzt haben soll, Quartier zu schaffen. Bis Mitte Dezember 1795 blieb das englische Regiment in seinem neuen Quartier, um dann bei den Kämpfen in Ägypten, Spanien, Portugal usw. Verwendung zu finden, bis es auf Korfu im Jahre 1816 aufgelöst wurde.

Heimattours in Sinsheim

vom 6. bis 9. November 1929

Der Landesverein Badische Heimat brachte an vielen Orten Badens, zuletzt in Villingen und Sinsheim, Vortragsfolgen zustande in der sicheren Erkenntnis, daß derartige Heimattours die Volksbildung fördern, den Sinn für die Schönheiten der Natur, für die Bewahrung der heimatischen Sitten und Bräuche, für die Geschichte und Besiedelung der Heimat, für Natur- und Heimatschutz wie für Dichtung und Kunst wecken und vertiefen. Die gegenwärtigen Notverhältnisse machen diese Unternehmung besonders notwendig, liegt doch in der Heimat unser zukünftige Schicksal. Von der Heimatstadt und vom Heimatbezirk aus werden durch einzelne Vorträge aber auch Brüder geschlagen zum Vaterland wie zur großen deutschen Heimat, und auf diesem neutralen Boden finden sich alle Kreise des Volkes und müssen sich finden, wenn wir von innen heraus gefunden wollen. Die Stadt Sinsheim wie auch die Ortsgruppe Badische Heimat Sinsheim rüsten sich, die zahlreichen Freunde und Förderer heimattourer und kultureller Bestrebungen begrüßen und neue Mitarbeiter gewinnen zu können. Wir wünschen regen Besuch aus Stadt und Land und einen vollen ideellen Erfolg zum Wohle des ganzen Reiches.

Land am Oberrhein. Alemannisches Heimatbuch. (Mit 4 Farbholzschnitttafeln und 12 Holzschnitten im Text von Emil Hizer.) (Freiburg im Breisgau, Herder.) — Fünf Schriftsteller und ein Maler beschreiben ihre Heimat. Alemannisches Stadt- und Stromland, vom Bodensee bis gegen Karlsruhe, vier Länder am Oberrhein, zeigen ihre Schönheit und Eigenart. Das ist ein Buch, das nicht ein rasch vorüberziehendes Thema birgt. Die Heimat ist unvergänglich. Die Verfasser des Buches haben ihre Jugend- und Mannesjahre darin gelebt. Das ist das Echo und dauernd Wirkame in diesem Werk. Alemannen werden es als einen Spiegel ihres Wesens und ihrer Heimat lieben und es in ihre Familie tragen; alle anderen werden darin erkennen, wie verwichen Volkstum und Landschaft am Oberrhein ist. Die Ausstattung ist gut.

Steiermark. Ein Führer in Bildern. Herausgegeben im Auftrag der Deutsch-österreichischen Reisevereinigung Nord-Süd von Alfred Geiser. (E. S. Ved., München 1928. 16 Seiten Text, 40 Abbildungen auf Tafeln gr. 8°. Kartoniert 3,60 M.) Dieser neue Bilderband nimmt unter den zahlreichen heute erscheinenden Landschafts- und Städte-monographien insofern eine besondere Stellung ein, als er ein Land zur Anschauung bringt, das bisher verhältnismäßig selten aufgesucht wurde, aber in seiner wundervollen Mischung nordlicher und südlicher Elemente eines der schönsten und interessantesten deutschen Länder ist. Der schöne Land ist berufen, seinen Reizen die Eigenart des steirischen Landes und seine verborgenen Schönheiten zu erschließen und damit den Zugang zu ihm zu erleichtern.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruhe' Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 43

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zusätzlich Porto vom Bezogler
Karlsruhe, Carl-Heinrich-Strasse 14, bezogen werden.

23. Oktober 1928

Reparationsneugestaltung und Reichsbahn

Am 11. Oktober hatten der Allgemeine Eisenbahnerverband, die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner, die Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten und der Zentralgewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten und -anwärter ihre Vertreter aus allen Teilen des Deutschen Reichs im alten Herrenhaus in Berlin zu einer

Rundgebung

versammelt, die sich mit den Folgen des Youngplans für die Eisenbahner beschäftigte. Als Behördenvertreter waren erschienen Herr Ministerialrat Ortman für das Reichsverkehrsministerium, Herr Ministerialrat Steinmann für das Reichsarbeitsministerium und Herr Reichsbahndirektor Dr. Drache für die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Die Preussische Regierung hatte Herrn Ministerialrat Dr. Platon vom Preussischen Handelsministerium entsandt. Von Parlamentariern war Reichstagsabgeordneter Steinlopf erschienen.

Nach Begrüßung der erschienenen Vertreter von Regierung, Parlament und Presse erhielt das Wort der Referent des Abends zu seinem Vortrag über „Die Reparationsneugestaltung und die Reichsbahn“.

Friedrich Wieg, 1. Vorsitzender des Zentralgewerkschaftsbundes Deutscher Reichsbahnbeamten und -anwärter, führte aus:

Das deutsche Volk steht wieder einmal an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Seit Jahresfrist ist die Reichsregierung bemüht, die durch den Dawesplan übernommenen Lasten zu erleichtern und die Befreiung des deutschen Volkes von dem Druck fremder Besatzungsmächte zu erreichen. Wir Reichsbahnbeamten erkennen an, daß es den deutschen Verhandlern auf der Gaager Konferenz gelungen ist, die Gesamtbelastung Deutschlands herabzusetzen. Wir begrüßen die bevorstehende Befreiung des Rheinlandes und freuen uns mit unseren rheinischen Brüdern und Schwestern über die endliche Erfüllung ihres Sehns nach Freiheit und ungehinderter Verbindung mit dem deutschen Vaterlande. Wir hoffen, daß auch die Lösung der Saarfrage bald in einem für Deutschland günstigen Sinne glücken möge.

Unsere heutige Rundgebung hat nicht den Zweck, für oder gegen den Youngplan Stellung zu nehmen. Wenn wir heute unsere Kollegenschaft sowie alle Stellen des deutschen öffentlichen Lebens hierher begeben haben, so geschah das, um angeht die jetzt stattfindenden Verhandlungen über die Neuordnung der Reichsbahngesetze

in letzter Stunde noch einmal unseren Willen zu bekunden und die Öffentlichkeit, das deutsche Volk, seine Regierung und die Volksvertretung wissen zu lassen, daß wir nicht anerkennen können, daß zur Erfüllung der Aufgabe, zu der die Reichsbahn im Interesse der deutschen Volkswirtschaft noch weiter verpflichtet werden soll, die nach unseren Informationen jetzt in den Pariser Verhandlungen geplante Neuordnung der Reichsbahn in Form einer privaten, vom Reich vollkommen unabhängigen Gesellschaft notwendig ist. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die heutige Neuordnung auf lange Sicht so zu gehen hat,

daß das Deutsche Reich als Eigentümer der Reichsbahn seiner Bestimmungsgewalt nicht beraubt wird.

Die Eisenbahnpolitik der Vorkriegszeit drehte sich in der Hauptsache darum, die Eisenbahnen möglichst reiflos aus der Privatbesitzverwaltung in die staatliche Verwaltung zu überführen. Was damals in der berühmten Denkschrift Bismarcks vom 15. Dezember 1877 über die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Eisenbahnen gesagt wurde, hat auch heute noch seine Gültigkeit. Wenn es damals Bismarck auch nicht gelang, die Eisenbahnen unter Reichshoheit zu vereinheitlichen, so markierte doch der Verstaatlichungsgebote auf der ganzen Linie vorwärts.

Einen Schritt weiter machte die Eisenbahnpolitik der Reichsverfassung von 1918, die bereits den Grundgedanken der Reichseigentums an den Eisenbahnen aufstellte. Die Überführung in den Reichsbetrieb kam auch wirklich auf Grund des Staatsvertrages von 1920 trotz starker Widerstände zustande, und die Eisenbahnen wurden seitdem

vor allen Dingen im Interesse der Volkswirtschaft betrieben, und erst in zweiter Linie stand das Interesse des investierten Kapitals.

Erst der Eingriff der Reparationsfachverständigen brachte einen völligen Bruch mit den alten Überlieferungen der deutschen Eisenbahnpolitik. Schon in dem Dawesgutachten wurde kritisiert, daß die Staatsbahn bisher in erster Linie die fortschreitende Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens unterstützt und die Erzielung von Reinerträgen erst in zweiter Linie angestrebt habe. Der überkommenen Eisenbahnpolitik des Staatsbetriebes wurde sogar ein Teil Schuld an der schlechten Wirtschaftslage des Reichsbahnunternehmens gegeben. Dabei überließ man aber ganz, daß die unmittelbaren Folgen des Krieges sich besonders an den Eisenbahnen und ihrem Betrieb bemerkbar gemacht hatten. **Raubbau am Material**, während der ganzen Kriegsdauer, **Übernahme von Kriegsteilnehmern** in den Eisenbahndienst aus innerpolitischen Gründen bewirkten eine ungeheure Entwertung der Betriebsmittel und gleichermäßen eine starke Aufblähung des Personalkörpers. Die Ausgaben schwellen während der Wiederaufbauzeit gewaltig an und machen die Bahn lange Zeit unrentabel im rein wirtschaftlichen Sinne. Der gänzliche Verlust riesiger Streckengebiete ohne jegliche Entschädigung, die Ablieferung von 150 000 Güterwagen, 1300 Personenwagen, 1500 Lokomotiven beim Waffenstillstand mußten verheerend wirken. Demgegenüber schwoll die Personallast infolge der durch die Demobilisierungsbestimmungen auferlegten Einstellungspflichten und des Zustromens von Personal aus den abgetretenen Gebieten ungeheuerlich an. Im Ruhrkampf mit seiner Beschlagnahme des gewinnbringendsten Streckennetzes wurde weiter der Substanzwert der Reichsbahn gewaltig vermindert.

Einen demnach ausgeprägten und in seinen Einnahmehöglichkeiten geschwächten Unternehmen wurde nun die

Aufführung des Hauptteiles der Reparationslast zugemutet. Rund 950 Millionen Reichsmark sollten jährlich neben der Förderung der Volkswirtschaft aus dem Unternehmen herausgewirtschaftet werden. Diese Last konnte auf die Dauer nicht getragen werden.

Die verhängnisvollen Folgen der hohen Reparationslasten in dem Falllassen jeder Rücksichtnahme auf den technischen Betrieb und die Erfordernisse einer geordneten Personalwirtschaft zeigten sich bald in einer Minderung der Betriebssicherheit. Die Eisenbahnunfälle mehreten sich, und erst das eben benannte Strafverfahren wegen des großen Eisenbahnunglücks auf dem Hauptbahnhof in München hat bewiesen, daß das Un-

glück im ursächlichen Zusammenhang mit der Vernachlässigung der Betriebsanlage und der dienstlichen Überbürdung des Personals stand.

Das amtliche Untersuchungsergebnis der Denkschrift des Arbeitsausschusses zur Untersuchung der Betriebssicherheit

der Deutschen Reichsbahn hat bereits im Jahre 1928 Feststellungen getroffen, die eine schwere Beurteilung des Systems bedenkten. Es wurde nachgewiesen, daß statt der notwendigen Materialerneuerung Fikararbeit angewandt wurde, während ein planmäßiges Erneuerungsprogramm unerlässlich sei. Nach den eigenen Angaben der Reichsbahn-Direktion waren im September 1928 noch 4000 Kilometer Gleisumbau überaltert, d. h. betriebsunfähig. Es fehlte vielfach an modernen Sicherungsanlagen. Das rollende Material entsprach teilweise keineswegs den heutigen Anforderungen der Verkehrsmittel und den Bedürfnissen der Betriebssicherheit.

Die Wirkung der Erfüllungspolitik auf die Personalwirtschaft stellte die Denkschrift besonders eindringlich dar. Ein rigorer Personalabbau hat gerade das Betriebspersonal so vermindert, daß unerträglich lange Dienstzeiten gefordert werden. Die Denkschrift sagt wörtlich: „Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß dabei Konflikte entstehen können, die nicht immer zugunsten der Betriebssicherheit ausschlagen.“ — „Für Verstärkung der Spitzenleistungen ist nicht die nötige Anzahl von gut ausgebildeten Bediensteten für den Betriebsdienst vorhanden.“

Hohe Krankheitsziffern des Personals als Folge dienstlicher Überanstrengungen treten in Erscheinung. Trotzdem stellt die Denkschrift fest, daß der gute Geist des Personals durch Abbau, Überbürdung, verschlechterte Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse bis jetzt noch nicht gelitten habe. Was aber, wenn die Reparationsbelastung es weiter notwendig macht, durch

Überspannung der Dienstdauervorschriften, schlechte Bezahlung und die Befreiung höherwertiger Stellen mit niedriger bezahlten Kräften gewaltig herabzusetzen? Infolge dieses Systems konnte ein großer Teil der Hilfskräfte nicht in die Beamtenstellen kommen, die man seit Jahren praktisch ausfüllt. Jahrelang wurde kein junger Nachwuchs eingestellt, das Personal infolgedessen überaltert.

Geld zur Erhaltung und Erhöhung der Betriebssicherheit zu schaffen, ist nach unserer Ansicht das Kernproblem der ganzen Frage. Es läßt sich unter den heute auf der Reichsbahn ruhenden politischen Lasten nicht lösen.

Die Stellungnahme des Deutschen Reichstags in seiner Entscheidung vom 20. Februar 1929 hat den Weg gezeigt, wie eine Verbesserung der Verhältnisse herbeigeführt werden kann. Der Reichstag fordert darin dringend eine Entlastung der Reichsbahn und ersucht die Reichsregierung, dafür einzutreten, daß die Reichsbahn aus der unmittelbaren Haftung für die Reparationszahlungen entlassen und ihr die Möglichkeit einer geordneten und planmäßigen Anleihenwirtschaft wiedergegeben wird. Auch Generaldirektor Dr. Doppenhauer hat schließlich unter dem Eindruck der in der Denkschrift festgestellten Mängel zugegeben, daß die Reichsbahn ihre Aufgaben nicht erfüllen könne, wenn sie nicht bei den kommenden Reparationsverhandlungen eine wesentliche Entlastung erfähre.

Um so verwunderlicher ist es, daß nimmermehr durch den Youngplan das Gegenteil von dem angestrebt wird, was der Deutsche Reichstag und der Leiter des Reichsbahnunternehmens übereinstimmend zum Ausdruck gebracht haben. Die Reichsbahn soll weiter, und zwar für die Dauer von 37 Jahren, jährlich 660 Millionen Reichsmark für die Reparationszahlungen aufbringen und soll während der Geltungsdauer des Planes ihre

Eigenhaft als privates und unabhängiges Unternehmen mit selbständiger Geschäftsführung in wirtschaftlichen, finanziellen und personellen Angelegenheiten ohne Einmischung der Deutschen Reichsregierung beibehalten.

Wir sind der Meinung, daß durch Beseitigung oder Einschränkung des Berufsbeamtentums in der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ein Staat im Staat geschaffen würde, der die Wirtschaft, Tarif- und Personalpolitik nach eigenem Ermessen lediglich zum Zweck einer Steigerung der Gewinnquote einrichten würde. Damit wären die Bediensteten, Beamte, Angestellten und Arbeiter des Unternehmens, nicht mehr als im Dienste des Volkes stehend zu betrachten. Berufsbeamtentum ist Dienst am Volke, und die Reichsbahn kann u. E. nur dann gemeinnützig veraltet werden, wenn der Verkehr, der Betrieb und die Bewaltung von Beamten gehandhabt werden, die von irgendwelchen Einflüssen unabhängig sind für ihr Tun und Handeln dem gesamten deutschen Volke und seiner Regierung verantwortig sind.

Wir richten daher in letzter Stunde unseren Appell an das deutsche Volk, unsere Bestrebungen, die wir in einem von der Arbeitsgemeinschaft der Reichsbahnorganisationen aufgestellten Gesetzentwurf niedergelegt haben, zu unterstützen.

Alsdann erfolgte die einstimmige Annahme folgender **Entschlüsse**:

Aus allen Gebieten des Deutschen Reiches haben Vertreter der in der Arbeitsgemeinschaft der Reichsbahnorganisationen vereinigten Verbände:

Allgemeiner Eisenbahnerverband e. V.,
Gewerkschaft der technischen Eisenbahnbeamten e. V.,
Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner e. V.,
Zentral-Gewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten und -anwärter

sich heute in der Reichshauptstadt zu gemeinsamer Rundgebung zusammengefunden, um ohne Unterschied ihrer Parteizugehörigkeit geschlossen Stellung zu nehmen gegen jede Absicht, in fälscher Auslegung des Grundgedankens des Youngplans die Deutsche Reichsbahn als werblichste Sache des deutschen Volkes der Bestimmungsgewalt des Deutschen Reiches zu entreißen und unter Schöpfung der deutschen Volkswirtschaft zu einer privaten Monopolsellschaft umzugestalten. Einmütig in dem Bestreben, dem deutschen Volk treu zu dienen, fordern wir:

1. den Einfluß des Reiches auf den für den deutschen Staat und die deutsche Volkswirtschaft wichtigsten Reichsbetrieb — die Deutsche Reichsbahn — mehr als bisher zu stärken;
2. die staats- und wirtschaftspolitisch bewährte Institution des deutschen Berufsbeamtentums auch für die Deutsche Reichsbahn durch die Wiederherstellung des Reichsbeamtenverhältnisses für die Reichsbahnbeamtentenschaft zu erhalten und sicherzustellen;
3. die freudige Mitarbeit der Angestellten- und Arbeiterschaft der Reichsbahn durch Sicherstellen der Anwendung der allgemeinen deutschen Sozialgesetzgebung auch auf sie zu erhalten und zu befestigen und

4. die Betriebssicherheit und Leistungsfähigkeit der Deutschen Reichsbahn durch eine dem bisherigen Unterjudungs- und Forderungsergebnis Rechnung tragende Entlastung von zu hoher Reparationslast zu sichern und sie entsprechend den Verkehrsansprüchen zu fördern.
Von dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit — von allen Parteien, Wirtschaftsgruppen, Berufsständen und Bevölkerungsklassen — erwartet das deutsche Reichsbahnpersonal tatkräftige Unterstützung seiner Bestrebungen.

Vom Bundestag der Kommunalbeamten und -angestellten in Mannheim

Bundesdirektor des Deutschen Beamtenbundes, Leuz, über „Die Zukunft des Berufsbeamtentums“

Das Beamtenproblem wird jetzt mehr und mehr in den Vordergrund treten. Der neue Staat mit seiner neuen Verfassung muß seine Stellung zu diesem Beamtenproblem erst noch finden, denn die Aufgaben und die Stellung der Beamten haben sich im Volksstaat wesentlich geändert. Das Beamtenproblem ist im Volksstaat ein staatsrechtliches und politisches, ein wirtschaftliches und finanzielles. Viele Volksschichten sind der Auffassung, daß die Beamten sich in völlig gesicherter oder sogar bevorzugter wirtschaftlicher und rechtlicher Stellung im Staate befinden, und daß dieses Verhältnis geändert werden müsse. Dann sei auch der Eindruck vorhanden, als ob gewisse Kreise der Beamten nur von 8 bis 4 Uhr ihrem Beamtenstand entsprechend handeln, im übrigen aber den Volksstaat bekämpfen, was manderlei Anlaß zu Klagen gäbe. Auch die wirtschaftliche Selbsthilfebestrebungen der Beamten finden in weiten Kreisen der Bevölkerung einschüdernden Widerstand. Man spricht von zahlreicher Aufblähung des Beamtentums, von seiner zeitigen Erstarung und technischen Minderleistung, Häufung des Inanspruchzuges, starker Steuerdrück, persönliche Verzögerungen infolge falscher Einstellung einzelner Beamten zum heutigen Staat bilden vielfach den Hintergrund einer unmerklichen Kritik an der Beamtenchaft. Besonders von den Kreisen der Wirtschaft wird eine Änderung in den Beamtenverhältnissen erbetet durch eine Reform des Beamtenrechts, durch Einschränkung der Infindbarkeit und durch einzelne besondere Maßnahmen, wie sie z. B. in der Methode des alten Abbaues ihren Ausdruck finden.

Diese Methode stellten wir fest durch die Entwicklung der Personalverhältnisse bei der Reichsbahn, sie kommt ferner zur Geltung in der Tätigkeit des Sparkommissars und in seinen Gutachten über die Verhältnisse bei der Reichspost. Die Reichspost hat im letzten Jahre die Zahl der Beamten um 7000 vermindert, dagegen die Zahl der Arbeiter um 8400 vermehrt, so daß bei einer Personalvermehrung um 800 Köpfe eine sehr beträchtliche Verminderung des Beamtenpersonals, eine Entbeamtung auf fastem Wege, eingetreten ist. Auch in vielen Gemeinden ist ein starker Zug zur Entbeamtung des Personals unverkennbar. Das deutet nicht auf eine besonders freundliche Stellung der Beamten gegenüber hin. Während auf der einen Seite eine gewaltige Ausdehnung des Wirkungsbereiches der öffentlichen Hand festzustellen ist, tritt auf der anderen Seite eine immer weitere Zurückdrängung des Beamtentums in Erscheinung.

Nach Artikel 1 der Reichsverfassung ist das Deutsche Reich eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. In diesem Volksstaat hat jeder einzelne, hat jede Schicht das Recht, Einfluß auf die Gesetzgebung zu üben. Man will aber auch einwirken auf die Gesetzesausführung, auf die Art der Verwaltung, auf die Art der Betriebsführung, auf den Geist, auf die Praxis. Die Wirtschaft erhebt Anspruch darauf, daß sie überall in maßgebenden Stellen und Körperchaften weitgehend vertreten sein muß. Keine Stelle wollen eben nicht nur durch Bestimmung und Nichtfinden, sondern durch Personen und Vertrauensleute Einfluß im Staate gewinnen. Wie sich gewisse Kreise den Einfluß auf die Beamtenchaft vorstellen, beweisen die bedauerlichen Vorgänge, deren Opfer in letzter Zeit vielfach die Finanz- und Steuerbeamten geworden sind. Je größer die Zahl der Beamten ist, desto schwieriger wird erklärlicherweise der Kampf um die Rechtsstellung der Beamten, um Altersversorgung und Infindbarkeit. Auch wir sind keine Anhänger einer Aufblähung der Beamtenschaft. Wir sind für eine grundlegende Verwaltungsreform und für die Modernisierung des Verwaltungsbetriebes, für jede mögliche Vereinfachung, für Beseitigung aller Überlebens- und gegen ein Subiel an Instanzen. Die Meinung, daß Behördenbetriebe unwirtschaftlich seien, hält einer gründlichen Prüfung nicht stand. Geht es in vergleichbaren großen Privatbetrieben etwa anders zu, und was kann man denn jetzt noch weiter an Rationalisierungen in den Verwaltungen verlangen? Ist da nicht schon mehr als das Menschennögliche gezeigten? Und gibt es nicht auch in der Privatwirtschaft unwirtschaftliche Betriebe?

Bei unentbehrlichen Privatbetrieben sucht man die Ursache in den schlechten Zeiten, bei unwirtschaftlichen Erscheinungen im Staatsbetriebe ist die Ursache nach Auffassung der Wirtschaft stets in erster Linie das beamtete Personal. Jener Geist, der in endlosen Konferenzen, großen Reisen, glänzenden Repräsentationen mit kostspieligem Aufwand seinen Ausdruck findet, entspricht wahrhaftig nicht der itenigen Auffassung des Berufsbeamtentums; auf diesem Gebiet hat die Wirtschaft das Beispiel gegeben, das dem Wesen des Beamten widerspricht und seinem Verantwortlichkeitsgefühl nicht besonders nachahmungswert erscheint. Bei Vergebung von Aufträgen und bei vielen anderen Gelegenheiten muß der Staat Rücksicht nehmen.

Bei den in nächster Zeit bevorstehenden sehr ersten Auseinandersetzungen werden wir als Beamte nie vergessen, daß wir in erster Linie das Interesse der Allgemeinheit hochgehalten haben, daß wir als Beamte Vertrauensmänner des Volkes und Funktionäre der Gesamtheit sind. Das Emporkommen der privatkapitalistischen Geisteshaltung in den Verwaltungen und Staatsbetrieben entspricht nicht der Idee des Volksstaates. Wir stehen zum Volksstaat, zu seiner Form, zu seiner Idee. Wir wollen als Beamte objektiv und unparteiisch wie stets bisher Sachverwalter des Ganzen sein und verstehen, daß das deutsche Volk durch Schaden klug werden muß. Darum wollen wir als die Spitze der Beamtenorganisationen unabhängig von allen Parteien bleiben, sein eine einheitliche unabhängige gemeinsame Beamtenorganisation. Wir haben als Beamte in der Zukunft eine ernste Mission zu erfüllen: Zunächst unserem Nachwuchs das Berufsbeamtentum auf der von uns erlangten Grundlage mit all den Aufgabengebieten, die nach unserer Auffassung dazu gehören, zu überliefern, und dann die große Aufgabe, das deutsche Volk, den deutschen Volksstaat vor einer egoistischen, materialistischen Entwicklung zu bewahren.

Aus der Landeshauptstadt

Empfangsabend des Bundes Deutscher Architekten

Aus Anlaß der Anwesenheit des Bundesvorstandes und des Bundesauschusses veranstaltete der Landesbezirk Baden des Bundes Deutscher Architekten am Montag einen Empfangsabend, auf dem in einer Reihe von Vorträgen die Stellung des freischaffenden Architekten zu den staatlichen und kommunalen Baubehörden erörtert wurde.

Als erster Redner sprach der Präsident des B. D. A., Professor Dr. Kreis (Dresden), der das Zusammengehen von Staat und Kommune mit der freien Kunstlerchaft des Architekten unbedingt forderte, wenn tatsächlich das Beste in der Wohnungs- und Bauwirtschaft geschaffen werden soll.

Sehr bemerkenswerte Ausführungen machte zum Schluß Bürgermeister Schneider (Karlsruhe) über das Verhältnis zwischen kommunaler Baubehörde und Privatarchitektenschaft vom Standpunkt des verantwortlichen Bauamtsleiters.

Wohlfahrtsmarken. In der Zeit vom 1. November 1929 bis 15. Januar 1930 werden durch die Postanstalten und die Deutsche Posthilfe Wohlfahrtsmarken mit Länderwappen zu 5, 8, 15, 25 und 50 Pf. zum Preise von 7, 12, 20, 35 und 90 Pf. sowie eine Wohlfahrtspostkarte zu 8 Pf. zum Preise von 12 Pf. vertrieben werden.

Auslieferung von freigestempelten Postsendungen. Bei der ständig wachsenden Verbreitung von Freistempelapparaten hat es sich als notwendig erwiesen, nach dem allgemeinen Spätertermin um 19 Uhr eine Annahmestelle für freigestempelte Postsendungen zu schaffen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Durch die Mittelmeerzirkulation ist gestern ein Teil Warmluft von Süden über die Alpen nach Süddeutschland befördert worden, wobei es auch in unserem Gebiet nachts zu leichten Regenfällen gekommen ist.

Handelshochschulkurse Karlsruhe und Beamtenkurse der Verwaltungsakademie Baden

Wintersemester 1929/30

- 1. Deutsches bürgerliches Recht. Grundzüge des Familienrechts und Erbrechts. Senatspräsident Dr. Levis, Dienstag, 8 Uhr, Beginn 29. Okt.
2. Besprechungen über bürgerliches Recht. Senatspräsident Dr. Levis, Dienstag, 9 Uhr, Beginn 29. Oktober.
3. Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Professor Dr. Wehrle, Donnerstag, 8 Uhr, Beginn 31. Oktober.
4. Deutsche Wirtschaftspolitik. Übungen. Prof. Dr. Wehrle, jeden zweiten Mittwoch, 8 Uhr, Beginn 6. November.
5. Betriebswirtschaftslehre. Elektrizitätswirtschaft. (Halbsemesterkurs). Professor Dr. Haas, Freitag, 8 Uhr, Beginn 15. November.
6. Geschichte. Wirtschaftsgeschichte. Professor Dr. Schnabel, Montag, 8 Uhr, Beginn 28. Oktober.

Besuchsgebühr für sämtliche Kurse 18 RM., für einen Semesterkurs 6 RM., für einen Halbssemesterkurs 3 RM. Anmeldungen bei A. Bielefelds Hofbuchhandlung, E. Kundt, Müller & Gräff, Braun'sche Buchhandlung A. Troschütz, J. Lincks Buchhandlung, Weststadtbuchhandlung Ernst Lützerath und der Geschäftsstelle des Beamtenbundes, Nowackanlage 19.

Karlsruhe, Oktober 1929.

Das Kuratorium.

Spartassenteiler

Bei der öffentlichen Gemeindeparkette Schwarzwald ist die Stelle des

Geschäftsleiters

sofort neu zu besetzen. 891

Im Spartassen- und Bankwesen gut durchgebildete Fachleute wollen unter Vorfügung eines Lebenslaufes u. Zeugnisabschriften nebst Lichtbild, umgehend, längstens bis 30. Oktober 1929 Bewerbungen an den Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Herrn Gemeinderat B. Krüner in Schönach, einreichen. 891

Befolgung erfolgt nach Gruppe VIII (4b) der badischen Befolgsordnung.

Gemeinderundschau

Unerwartete Wendung in der Schwelinger Bürgermeisterfrage

Die Zentrumsfraktion hielt am Montagabend in Schwelzingen eine Sitzung ab, in der einmütig die Kandidatur Dr. Trautmanns abgelehnt und als neuer Kandidat für den Schwelinger Bürgermeisterposten Bürgermeister Dr. Wolpert von Rodalben (Pfalz) aufgestellt wurde.

Die mittelbadische Gasfernversorgung. Zwischen der Mittelbadischen Gasfernversorgung G. m. b. H. und den Gemeinden Oppenau und Lauterbach sind Verhandlungen über die Einbeziehung dieser Gemeinden in das Gasfernversorgungsnetz der Gesellschaft eingeleitet worden.

Högewiesene Klage der Freiburger Hausbesitzer. Die Freiburger Hausbesitzer hatten vor ungefähr 1 1/2 Jahren einen Prozeß gegen die Stadt auf Ermäßigung der Gebäudesteuer angestrengt.

Das Projekt des Kraftwerkes Albrun-Dogern sieht u. a. auch die Erbauung eines Fußgängersteiges über den Rhein vor. Die in Betracht kommenden Anliegergemeinden auf der badischen und schweizerischen Seite hatten nun den Wunsch geäußert, daß eine fahrbare Brücke statt des Fußgängersteiges erstellt werden möchte.

Der Bürgerausschuß Düdingen hat mit allen gegen eine Stimme den städtischen Haushalten für 1929/30, der einen Umlagefuß von 57 Pf. wie im Vorjahre vorseht, angenommen.

Die Bodenseefähre glänzend bewährt. Die Beförderungsziffern des ersten Betriebsjahres (31. September 1928 bis 1. Oktober 1929) erweisen eindeutig die gute Einführung der Bodenseefähre Konstanz-Neersburg in den Gesamtbodenverkehrsverkehr.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Badenburger, 22. Okt. Die Badenburger Feuerwehr feierte ihr 70jähriges Bestehen. Viele befreundete Wehren aus der Umgebung beteiligten sich an der Feier.

Freiburg i. Br., 22. Okt. Die erste Freiburger Herbstmesse auf dem neuen Festplatz an der Schwarzwalddirke ist beendet.

Schlussee, 22. Okt. Die Bauarbeiten am Schlussee schreiten immer weiter fort, so daß daran gedacht werden muß, den Verkehr über die Hofstraße zu leiten.

Staufen, 22. Okt. Das Fortjamt Staufen I hat im Gemeindevand Erenstetten ein neues Verfahren zum Fällen von Langholzstämmen mit besonders großen Kronen vorgeführt.

Stuttgart, 22. Okt. Zwei aus Karlsruhe zugereiste 20jährige Vurshen und ein 23jähriges Dienstmädchen versuchten gestern in den Abendstunden einen Raubüberfall auf den Führer einer Autobuslinie.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt: Regierungsrat Julius Reebstein beim Oberversicherungsamt in Karlsruhe zum Direktor des Oberversicherungsamts in Konstanz.

Rechts: Regierungsrat Amadeus Diebold beim Bezirksamt in Freiburg an das Oberversicherungsamt in Karlsruhe.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der Karlsruher Zeitung

Möbel Speisezimmer Herrenzimmer Schlafzimmer einzelne Möbelstücke in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungsvereichterung. Kronenstr. 32 Köln Laden, daher billigste Preise 762

Huber, Frietsch & Cie. * Ottenhöfen Granitwerke in Seebach (Acherthal) Halbmeil (Kinzigtal)

Groß- u. Kleinpflaster, Granit-schotter, Betonkies Sand usw. Telephon Kappelrodeck Nr. 207

Detektiv -Institut u. Privat-Rückkauf "Argus" Mannheim O. B. 6 Plankon 5

Karlsruhe. Güterrechtsregister-einträge. 1. Zu Band I Seite 304: Herbst Bruno, Kaufmann, Karlsruhe, und Hilde geb. Löw. Vertrag vom 26. September 1929. Gütertrennung.

888. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Dr. Mayer & Mosler, Aktiengesellschaft in Karlsruhe, Sophienstraße 13, wurde heute nachmittags 4 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

885. Freiburg. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Südb. Textilhandels-gesellschaft m. b. H. Freiburg findet Schlussverteilung statt.

887. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters August Baumann in Karlsruhe-Beitheim, Breitstraße 43, wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlussverfahrens und Vornahme der Schlussverteilung aufgehoben.

886. Offenburg. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Heinrich Schindler G. m. b. H. in Durbach wurde nach Abhaltung des Schlussverfahrens aufgehoben.

885. Freiburg. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Südb. Textilhandels-gesellschaft m. b. H. Freiburg findet Schlussverteilung statt.

884. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Dr. Mayer & Mosler, Aktiengesellschaft in Karlsruhe, Sophienstraße 13, wurde heute nachmittags 4 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

883. Karlsruhe. Güterrechtsregister-einträge. 1. Zu Band I Seite 304: Herbst Bruno, Kaufmann, Karlsruhe, und Hilde geb. Löw. Vertrag vom 26. September 1929. Gütertrennung.

882. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters August Baumann in Karlsruhe-Beitheim, Breitstraße 43, wurde nach erfolgter Abhaltung des Schlussverfahrens und Vornahme der Schlussverteilung aufgehoben.

881. Karlsruhe. Güterrechtsregister-einträge. 1. Zu Band I Seite 304: Herbst Bruno, Kaufmann, Karlsruhe, und Hilde geb. Löw. Vertrag vom 26. September 1929. Gütertrennung.



Badisches Landestheater Donnerstag, 24. Oktober '29 (Donnerstagmiete) 29.-Gem. 801-900 und 1501-1550

Don Pasquale Komische Oper v. Donizetti Dirigent: Schwarz Regie: Mueggenhofer Mitwirkende: Effelgrot, v. Genst, Grötzinger, Löser, Rentwig, Derner, Schuster, Sauer

Fr. 25. Okt. Faust 2. Teil. Sa. 26. Okt. Trojaner. So. 27. Okt. Der Freischütz.

Im Konzerthaus: Zum erstenmal: Wer zu legt lacht. Mo., 28. Okt. Figaros Hochzeit.